



VEREIN DEUTSCHER METALLHÄNDLER E.V.
BUNDESVERBAND DES
NE-METALLGROSSHANDELS UND DER
NE-METALLRECYCLINGWIRTSCHAFT

PRESSE - INFORMATION

06. Juni 2001

Artikelgesetz:

VDM enttäuscht über Änderung der 4. BImSchV

Der Verein Deutscher Metallhändler e.V. ist enttäuscht über das vom Deutschen Bundestag verabschiedete Artikelgesetz, welches unter anderem die 4. BImSchV in großen Teilen ändert. Verärgert ist der VDM über die gegenüber den europäischen Richtlinien verschärfte deutsche Umsetzung. „Auf unsere Branche kommen Belastungen zu, die für manche Unternehmen nur schwer zu verkraften sind“ so Hans P. Münster, gf. Vorstandsmitglied des Verbandes. Künftig sollen beispielsweise Schrottplätze ab einer Gesamtlagerkapazität von 100 Tonnen bereits eine Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzrecht erfordern.

Im Vorfeld hatte sich der Verband intensiv um sachgerechte Lösungen für die Branche bemüht, so beispielsweise bei der Frage, ab welcher Lagerdauer von Abfällen zur Verwertung (hierunter fallen auch Schrotte) eine BImSch-Genehmigung (Ziff 8.14 der 4.BImSchV) erforderlich ist. Während das EU-Recht einen Zeitraum von drei Jahren vorsieht, reduziert Deutschland die Frist auf ein Jahr. Die Begründung des Ministers, die einheitliche Verweildauer von einem Jahr für Abfälle zur Verwertung und zur Beseitigung erleichtere den Vollzug, ist für die Branche nicht nachvollziehbar.

Münster: „Es ist nicht akzeptabel, dass Deutschland EU-Recht verschärft umsetzt und mit der Begründung eines vereinfachten Vollzuges die Anforderungen an Verwertung und Beseitigung gleichsetzt. Im Ergebnis führt dies dazu, dass Schrottplätze – wenn die Verweildauer von einem Jahr überschritten ist – rechtlich wie AbfalldPONEN zu behandeln sind.“

Der VDM appelliert an den Vermittlungsausschuss, die unangemessene Belastung der Rohstoffhandelsunternehmen zu korrigieren.